



über die 4. Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
am Montag, dem 17. November 2003
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 19:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Herr Henning
Frau Jung
Herr Lipinski
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Plümpe
Herr Weigel

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Ambrosch
Herr Kohl
Frau Ruf
Herr Schulze-Braucks
Frau Slomiany
Herr Theimann

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Brettschneider
Frau Heidenblut
Herr Hoffmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Bremmer

Beratende Mitglieder

Herr Böcker

Sachverständige
Herr Forthaus
Herr Töpfer

Verwaltung
Frau Böckmann
Herr Brüggemann
Herr Höper
Frau Meißner

entschuldigt fehlten
Herr Brinkmann
Frau Bungter-Striepens
Herr Klein
Herr May
Herr Menne
Frau Oxe
Herr Voß

Herr **Lipinski** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, die Vertreter der Presse sowie den Schulamtsdirektor Forthaus und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	2. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung über die Benutzung städt. Sportanlagen in Kamen vom 27.09.2001	137/2003
2.	Förderung des Breitensports durch Gewährung von Übungsleiterzuschüssen an Sportvereine für die Betreuung der 7- bis 14-jährigen Kinder und Jugendlichen	164/2003
3.	Förderung von Sportvereinen, die eigene oder angemietete Sportanlagen nutzen	196/2003
4.	Bezuschussung der Teilnahme Kamener Sportvereine an deutschen Meisterschaften im Jahr 2003	198/2003
5.	Antrag des Billard-Sport-Verein Kamen 1985 e.V. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen	201/2003
6.	Antrag des VfL 1854 Kamen Corp. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen	205/2003
7.	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2003/04	189/2003
8.	Sachstandsbericht der Verwaltung zur offenen Ganztagsgrundschule	
9.	Essenspreise in der Mensa des Schulzentrums an der Gutenbergstraße hier: Antrag der CDU-Fraktion	221/2003
10.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

137/2003

2. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung über die Benutzung städt. Sportanlagen in Kamen vom 27.09.2001

Herr **Brüggemann** erinnerte daran, dass es sich bei der Erhöhung der Nutzungsentgelte um die Umsetzung einer Position aus dem Haushaltssicherungskonzept 2003 handelt.

Die CDU-Fraktion stimme, so Herr **Hasler**, der Vorlage zu, wies jedoch auf die bereits bei der Verabschiedung der Benutzungs- und Entgeltordnung im Jahre 1997 vorgebrachten Bedenken hinsichtlich der Festlegung der zahlungspflichtigen Nutzer hin.

Beschlussempfehlung:

Die als Anlage beigefügte "Zweite Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung über die Benutzung städt. Sportanlagen in Kamen laut Beschluss des Rates der Stadt Kamen vom....." wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

164/2003

Förderung des Breitensports durch Gewährung von Übungsleiterzuschüssen an Sportvereine für die Betreuung der 7- bis 14-jährigen Kinder und Jugendlichen

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Bezuschussung der Übungsleitertätigkeit für die Betreuung der 7- bis 14-jährigen Kinder und Jugendlichen in den Sportvereinen als freiwillige Ausgabe der Stadt Kamen erfolgt, an der die Verwaltung auch zukünftig festhalten möchte.

Auf Nachfrage von Herrn **Weigel**, warum in diesem Jahr die Bezuschussung der Übungsleitertätigkeit für die 15- bis 18-jährigen Jugendlichen entfällt, teilte Frau **Meißner** mit, dass die hierfür verwandte Landeszuwendung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) nicht mehr gewährt wird.

Frau **Dyduch** wertete die Gewährung der Übungsleiterbezuschussung als wichtiges Signal der Stadt Kamen zur Unterstützung des Breitensportes und der Jugendarbeit in den Sportvereinen. Die Zuschussgewährung erfolge unabhängig von der derzeit geführten Diskussion über die Sportförderung auf Landesebene.

Herr **Hasler** bekundete sein Missfallen über den bevorstehenden Rückzug des Landes aus der Sportförderung.

Frau **Dyduch** erklärte, dass zunächst die Diskussion bei der Einbringung des Landeshaushaltes abgewartet werden sollte. Über die Verwendung einer zukünftig vom Land an die Kommunen gewährte Sportpauschale sollte nach Vorliegen der konkreten Rahmenbedingungen entschieden werden.

Eine Diskussion über die vom Land geplante Einführung einer Sport-

pauschale sei zum jetzigen Zeitpunkt, so Herr **Töpfer**, verfrüht, da noch keine Klarheit über die Ausgestaltung bestehe. Fest stehe bisher lediglich, dass sich der Bezuschussungsweg vom Landessportbund auf die Kommunen ändern werde. Die Höhe und die Zweckbindung der Sportpauschale sei jedoch noch nicht geklärt.

Beschluss:

Im Rahmen der Breitensportförderung erhalten die Vereine im Sportverband Kamen in 2003 eine Übungsleiterbezuschung für die Betreuung der 7- bis 14-jährigen Kinder und Jugendlichen.

Anhand der stichtagsgebundenen Vereinsmitglieder-Statistik (A-Statistik) 2003 des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen erhalten die Vereine mit mindestens 5 Kindern und Jugendlichen 3,95 € pro Kind bzw. Jugendlichen zwischen 7 und 14 Jahren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

196/2003

Förderung von Sportvereinen, die eigene oder angemietete Sportanlagen nutzen

Herr **Goehrke** stellte fest, dass 2/3 der Zuschüsse an Tennisvereine gewährt würden und regte an, die Bezuschussung zukünftig an den Mitgliederzahlen zu orientieren.

Beschluss:

Es werden folgende Zuschüsse bewilligt:

(nachr. 2002)

Heerener Tennisclub	1.700,00 €	1.700,00 €
Tennisclub Methler	3.000,00 €	3.000,00 €
Tennisclub Kamen	1.400,00 €	1.500,00 €
VfL Tennis 1929	1.550,00 €	1.650,00 €
Luftsportfreunde Kamen	750,00 €	750,00 €
Verein Kamener Sportkegler	800,00 €	800,00 €
1. Bowlingclub Kamen	400,00 €	400,00 €
Sportschützen Heeren-Werve	400,00 €	400,00 €
Schützenverein Kamen	1.150,00 €	1.150,00 €
Zucht-, Reit- u. Fahrverein Kamen	750,00 €	750,00 €
<hr/>		
Gesamtbetrag:	11.900,00 €	12.100,00 €

Abstimmungsergebnis: bei einer Enthaltung einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

198/2003

Bezuschussung der Teilnahme Kamener Sportvereine an deutschen Meisterschaften im Jahr 2003

Beschluss:

Für die Teilnahme von Sportlerinnen und Sportlern der Kamener Sportvereine an Deutschen Meisterschaften werden im Jahr 2003 folgende Zuschüsse bewilligt:

Behinderten-Sportgemeinschaft Kaiserau e.V.	206,08 €
CVJM Kamen e.V.	<u>292,92 €</u>
Gesamtbetrag	499,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

201/2003

Antrag des Billard-Sport-Verein Kamen 1985 e.V. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Sportler Dominik Büttner wird mit der Sportplakette der Stadt Kamen ausgezeichnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

205/2003

Antrag des VfL 1854 Kamen Corp. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Sportler Sebastian Nowak wird mit der Sportplakette der Stadt Kamen ausgezeichnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

189/2003

Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2003/04

Die Mitteilungsvorlage wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 8.

Sachstandsbericht der Verwaltung zur offenen Ganztagsgrundschule

Herr **Brüggemann** erläuterte, nachdem durch den Schul- und Sportausschuss, den Jugendhilfeausschuss sowie den Haupt- und Finanzausschuss der Prüfauftrag an die Verwaltung zur Einrichtung der offenen Ganztagsgrundschule zum Schuljahr 2004/05 erteilt wurde, die bisherigen Verfahrensschritte. In Anbetracht der nach Erlass feststehenden Antragsfrist 30.04.2004 für Fördergelder und Januar 2004 für notwendige Investitionszuschüsse, wurde von der Verwaltung Anfang November 2003 die Bedarfserhebung mit einer verbindlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten verbunden. Der Fragebogen habe nach Medienlage zu Irritationen bei den Erziehungsberechtigten geführt. Die Verwaltung habe jedoch bewusst auf eine vorherige zentrale Informationsveranstaltung verzichtet, da es sich hauptsächlich um Einzelfragen der Erziehungsberechtigten handeln würde, die nur durch ein direktes Gesprächsangebot geklärt werden könnten. Dieses hätten auch die bisher im Fachbereich Kultur, Schule und Sport aufgelaufenen Nachfragen gezeigt. Das Angebot an die Schulen zur Durchführung von örtlichen Informationsveranstaltungen sei nicht nachgefragt worden.

Die ersten Rückläufe der Bedarfserhebung seien inzwischen zu verzeichnen, jedoch könne die Auswertung erst Mitte Dezember 2003 abgeschlossen werden. Die parlamentarische Beratung über die Entscheidung, ob und an welchen Schulen die offene Ganztagsgrundschule eingeführt wird, könne in einer gemeinsamen Sitzung des Schul- und Sportausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses im Februar/März 2004 erfolgen.

Herr Brüggemann betonte, dass die endgültige Entscheidung über die Einführung jedoch bei den Schulgremien liegen würde.

Zu TOP 9.

221/2003

Essenspreise in der Mensa des Schulzentrums an der Gutenbergstraße
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Weigel** erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion und betonte, dass die unterschiedliche Preisgestaltung für Schüler der Gesamtschule und der Realschule eine unbefriedigende Situation darstelle. Der juristische Unterschied zwischen Ganztagschulen und Schulen, die Nachmittagsangebote anbieten, sei bekannt, jedoch dürfte das Gleichheitsprinzip nicht außer Acht gelassen werden. Bei der Nutzung der Mensa der Gesamtschule müsste Gleichheit herrschen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass mit Vergabe der Betriebsführung der Mensa in nichtöffentlicher Sitzung des Schul- und Sportausschusses im Jahr 2002 klar geworden sei, dass die Essensangebote in der Mensa der Gesamtschule subventioniert sind. Im Übrigen sei die Darstellung im Antrag falsch, dass die Realschüler 4,00 € je Menü zahlen müssten. Aufgrund der seit dem 01.01.2002 geltenden Festlegung der Menüpreise sei es den Realschülern möglich, bei bargeldlosem Zahlungsverkehr im Abonnement einen Menüpreis von 3,00 € zu erzielen. Dieser Betrag sei auch mit Blick auf die häusliche Ersparnis angemessen. Zu berücksichtigen sei auch, dass die Eltern von Kindern bei anderen Betreuungsangeboten keine Subventionierung erhalten.

Aufgrund der zufälligen räumlichen Nähe der Gesamtschule und der Realschule sei es nachvollziehbar, so Frau **Dyduch**, dass subjektiv gesehen eine unbefriedigende Situation herrsche. Jedoch sei die formaljuristische Beurteilung maßgeblich. Die Subventionierung des Essensangebotes in einer Ganztagschule sei gesetzlich vorgegeben. Wenn darüber nachgedacht werde, auch andere Schulen zu subventionieren, dann müsste dieses für alle Schulformen und auch Kindertageseinrichtungen gelten. Die Bevorzugung einer bestimmten Gruppierung bei gleicher Ausgangslage sei nicht möglich. In soweit habe die SPD-Fraktion die Schwierigkeit dem Antrag zuzustimmen, soweit es sich bei der Realschule nicht um eine Ganztagschule handelt.

Herr **Goehrke** sagte, dass er die Argumentation der SPD-Fraktion unterstütze. Dass der Gleichheitsgrundsatz herangezogen werden muss, sei plausibel. Dieser müsste dann auf alle Kamener Schüler angewendet werden. Mit Ausübung des Elternwillens und der Entscheidung für die Realschule würden sich Eltern bewusst für eine gegenüber der Gesamtschule andere Schulform entscheiden. Er wies darauf hin, dass die Realschule als selbstständige Schule die Möglichkeit habe, den Status einer Ganztagschule zu erlangen.

Er empfinde körperliches Unbehagen, so Herr **Hasler**, wie die Diskussion geführt werde. Er erinnerte daran, dass es die CDU-Fraktion gewesen sei, die sich vor 5 Jahren vehement gegen eine Kürzung der Subvention beim Essensangebot der Gesamtschule gewehrt habe. Eine Subventionierung des Essensangebotes für alle Kinder würde ihm weniger Schwierigkeiten bereiten als Zuschüsse in anderen Bereichen.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass nach einer groben, überschlägigen Berechnung bei einer Subventionierung aller Betreuungsangebote im Nachmittagsbereich bei rd. 500 Kindern ein Kostenaufwand von bis zu 200.000,00 € entstehen könnte. Er erinnerte daran, dass sich die Stadt Kamen in der Haushaltssicherung befindet und es sich um freiwillige Leistungen handeln würde.

Herr **Bremmer** bewertete die Mensa des Schulzentrums als Sonderfall, insoweit sei eine unterschiedliche Preisgestaltung nicht akzeptabel. Der Hinweis der Verwaltung an die Schulleitung der Realschule, eigene Verhandlungen mit dem Bewirtschafter der Mensa zu führen, sei nicht ausreichend.

Frau **Meißner** wies darauf hin, dass die anderen Schulen mit Betreuungsgruppen selbst die Essensangebote organisieren. Der Betreiber der Mensa sei im Übrigen zu Verhandlungen mit der Realschule bereit.

Da offensichtlich Gespräche mit dem Bewirtschafter möglich seien, so Herr **Hasler**, sei die Beschlussvorlage der Verwaltung nach seiner Auffassung möglicherweise nicht beschlussreif.

Herr **Lipinski** erläuterte, dass er keine Möglichkeit sehe, über den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion nicht abstimmen zu lassen, da die Beschlussvorlage auf diesen Bezug nehme. Einzige Möglichkeit sei der Rückzug des Antrages.

Herr **Hasler** erklärte daraufhin, den Antrag dahingehend abzuändern, dass die Verwaltung beauftragt werde Maßnahmen zu treffen, einheitliche Essenspreise für Gesamtschüler und Realschüler zu gewährleisten.

Vielleicht sei es möglich, dass bereits in der nächsten Ausschusssitzung neue Preise vorgelegt werden könnten.

Es sei pragmatischer, so Herr **Brüggemann**, dass die Schule selbst mit dem Bewirtschafter Modalitäten über die Essensgestaltung findet, als über die Preisgestaltung zu verhandeln.
Er bat aufgrund der weiterhin beantragten Einheitlichkeit der Essenspreise um Beschlussfassung.

Nach Auffassung von Herrn **Kissing** könne erwartet werden, dass die Verwaltung der Schule in Verhandlungen mit dem Bewirtschafter aktive Unterstützung gewährt. Es liege im Übrigen im Interesse des Bewirtschafter, dass die Anzahl der Essensteilnehmer steige.

Herr **Bremmer** stellte den Antrag, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob ein günstigerer Essenspreis für die Schüler der Realschüler erzielt werden kann.

Nach weiterer Diskussion erklärte Herr **Hasler**, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zurückstellen werde.

Herr **Bremmer** erklärte sich bereit, den Antrag der FDP-Fraktion auch zurückzustellen.

Ohne Beschlussfassung wurde die Verwaltung beauftragt, mit den Betroffenen Gespräche aufzunehmen.

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

10.1 Mitteilungen der Verwaltung

In Beantwortung der in der letzten Sitzung durch Herrn Kissing gestellten Anfrage zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Josefschule teilte Herr **Brüggemann** mit, dass er mit dem Schulleiter und der Polizei einen Ortstermin durchgeführt habe. Hierbei habe sich gezeigt, dass ein Zebrasteifen aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht zu realisieren sei. Die weitere Querungs- und Parksituation sei im Konsens mit der Schulleitung erörtert worden. Es könnte nur an die Eltern appelliert werden, dass zumindest sie sich verkehrsgerecht verhalten.

10.2 Anfragen

Herr **Hasler** bat um Mitteilung, ob die Wegweisungen zum Schulzentrum um den Hinweis Realschule ergänzt werden könnten.

Frau **Meißner** erklärte, dass mit dem Landesbetrieb Straßenbau bereits abgestimmt wurde, dass die Wegweisung bei der nächsten notwendigen Überarbeitung von Gesamtschulen in Schulzentrum geändert wird.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Meißner
Schriftführerin